Preußische Gesetzsammlung

1929 Ausgegeben zu Berlin, den 16. Juli 1929 Ar. 19

Tag

3 nhalt: Seite
12. 7. 29. Geseh zur Schaffung eines weiteren Dissiplinarsenats bei dem Oberverwaltungsgerichte 85
12. 7. 29. Geseh über die Aufgebung des kommunasständischen Verbandes der Altmark 85
25. 6. 29. Verordnung über die Einführung von Bestimmungen der Preußischen Hauszinssteuerverordnung im Gebiete des ehemaligen Freistaats Walded 86
9. 7. 29. Verordnung zur Abänderung der Verordnung vom 3. Juli 1925 zur Ausführung des § 61 des Vetriebsrätergesetzt vom 4. Februar 1920 in den dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellten Behörden und Anstalten

(Rr. 13433.) Geset zur Schaffung eines weiteren Disziplinarsenats bei dem Oberberwaltungsgerichte. Bom 12. Juli 1929.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschloffen: ministell sid und Legeled & od & g tim grundlid

\$ 1.

Das Kriegsgesetz zur Bereinfachung der Verwaltung vom 13. Mai 1918 (Gesetzsamml. S. 53) wird dahin abgeändert, daß im Artikel 8 die Worte "ist der Erste Senat dieses Gerichtshofs zuständig" durch die Worte zu ersetzen sind "sind der Erste oder der Neunte Senat dieses Gerichtshofs zuständig".

§ 2.

Das Gesetz, betr. das Disziplinarversahren bei dem Oberverwaltungsgerichte, vom 8. Mai 1889 (Gesetziamml. S. 107) wird dahin abgeändert, daß im § 1 Abs. 5 die Worte "steht bei dem Oberverwaltungsgerichte dem Ersten Senate desselben zu" durch die Worte zu ersetzen sind "steht bei dem Oberverwaltungsgerichte dem Ersten oder dem Neunten Senate desselben zu".

Das Arenbische Eteatsministerium.

Dieses Geset tritt mit dem Tage der Berkundung in Kraft.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungs= mäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 12. Juli 1929. an annagange und annagange und annagange

(Stenet)

Das Preußische Staatsministerium.

Braun.

Grzefinsti.

(Ar. 13434.) Geset über die Aushebung des kommunalständischen Berbandes der Altmark. Bom 12. Juli 1929.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

8 1.

(1) Der kommunalständische Verband der Altmark wird aufgehoben.

(2) Mit der Aufhebung gehen alle Rechte und Pflichten des kommunalständischen Berbandes auf den Provinzialverband der Provinz Sachsen über.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

(Bierzehnter Tag nach Ablauf bes Ausgabetags: 30. Juli 1929.) Gesetziammlung 1929. (Nr. 13433—13436.) § 3.

Der Minister des Innern erläßt die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Anordnungen.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungs= mäßigen Rechte des Staatsrats find gewahrt.

Of Berlin, den 12. Juli 1929. It nod milrodt us nedenonaul?

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Grzefinsti.

Dr. Grunau, Holten. str. 129/

(Rr. 13435.) Berordnung über die Ginführung bon Bestimmungen ber Prengischen Sausginsfteuer= verordnung im Gebiete des ehemaligen Freistaats Balbed. Bom 25. Juni 1929.

Auf Grund des Artifels 2 § 13 Abs. 2 und 4 des zwischen Preugen und Walded über die Bereinigung Walded's mit Preugen am 23. März 1928 abgeschloffenen Staatsvertrags in Berbindung mit § 2 des Gesetzes über die Bereinigung des Freistaats Walded mit dem Freistaate Breufen vom 25. Juli 1928 (Gesetsfamml. S. 179) wird folgendes berordnet:

Einziger Paragraph.

(1) Der § 8 Abs. 3 Sat 1 und 3 der Preußischen Hauszinssteuerverordnung in der Fassung der Befanntmachung vom 2. Juli 1926 (Gesetsfamml. S. 213) wird nebst den zu ihnen von preußischen Staatsminiftern erlaffenen Berwaltungsvorschriften im Gebiete des ehemaligen Freistaats Walded mit Wirkung vom 1. April 1929 ab in Kraft gesetzt.

(2) Der § 14 ber Hauszinssteuerverordnung des ehemaligen Freistaats Walded vom 18. November 1927 (Regierungsbl. S. 231) tritt nebst den zu ihm erlassenen Ausführungs=

vorschriften mit dem gleichen Tage außer Rraft.

Berlin, den 25. Juni 1929. most nied rode neutrid nied etdiropennuthoutroured and jed

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Braun.

Söpker Aschoff.

(Rr. 13436.) Berordnung jur Mbanderung der Berordnung bom 3. Juli 1925 (Gejetfamml. G. 85) gur Ausführung des § 61 des Betrieberätegesetes bom 4. Februar 1920 (Reichsgesethl. G. 147) in ben bem Minifter für Biffenichaft, Runft und Bolfsbildung unterftellten Behörden und Anftalten. Bom 9. Juli 1929. Artifel 1. August

§ 18 erhält am Schluffe folgenden neuen Absat:

Besteht bei einer Dienststelle die Betriebsvertretung nur aus einem Betriebsobmann oder ist eine Betriebsvertretung nicht vorhanden, so ist im Falle der Kündigung eines Arbeitnehmers seitens des Arbeitgebers der Hauptbetriebsrat befugt, einen etwaigen Ginspruch nach § 84 des Betriebsrätegesetes entgegenzunehmen und ihn im Ginne des § 86 des Betriebsrätegesetes weiter zu verfolgen.

Artifel 2.

Diese Berordnung tritt mit dem auf die Berfündung folgenden Tage in Rraft.

Sodnadre Berlin, ben 9.1 Juli 1929. notonie dan orden alle noden pundedinte red ine (2)

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Braun.

Beder.